

Absage

An dem nicht zustande gekommenen Besuch Johannes Pauls II. anlässlich der *Abschlussfeiern zum St.-Kasimir-Jubiläum* in Wilna fiel weniger die Tatsache auf, daß die Sowjetunion diesen Besuch verhinderte, sondern die nachdrückliche Art und Weise, wie der Papst diese Tatsache publik machte. Johannes Paul II. sprach innerhalb weniger Tage den Vorgang gleich dreimal an: Zunächst in einer an den Vorsitzenden der litauischen Bischofskonferenz, *Liudas Povilonis*, gerichteten Botschaft an die litauischen Katholiken, sodann in einem in litauischer Sprache gehaltenen Gottesdienst in der päpstlichen Privatkapelle seiner Sommerresidenz und schließlich am Sonntagmittag, den 26. August, bei der üblichen Angelus-Begegnung in Castel Gandolfo.

Hatte sich der Papst innerhalb des von Radio Vatikan übertragenen Gottesdienstes noch diskret geäußert, waren seine fast wortgleichen Hinweise in der Botschaft an die litauischen Katholiken und beim sonntäglichen Angelus von einer alle Mißverständnisse ausschließenden Deutlichkeit. Ihm, so der Papst, sei nicht gestattet, an den Feierlichkeiten teilzunehmen, und auch sein dafür vorgesehener Legat, der *Kardinalstaatssekretär*, habe nicht nach Litauen einreisen dürfen. Er hoffe aber, daß es künftig einmal möglich sein werde, „diese Mission und diesen Dienst bei unseren fernen, aber gerade aufgrund der Ferne besonders nahen Brüdern im Glauben wahrzunehmen“. Denn „praktisch“ seien sie so fern nicht: nur zwei Flugstunden.

Etwas Ähnliches ist seit den Anfängen vatikanischer Ostpolitik, die stets davon bestimmt war, das kirchliche Leben von Katholiken unter kommunistischer Herrschaft zu erleichtern, nur einmal vorgekommen: als Paul VI. eine Teilnahme an den *Millenniumsfeierlichkeiten in Polen* verwehrt

wurde. Damals gab Paul VI. öffentlich den Hinweis, diese Reise sei „verhindert“ worden. Die jetzt so deutliche Sprache hat aber vor allem deswegen überrascht, weil in den letzten Jahren zum erstenmal von einer wirklichen *Erleichterung* – wenigstens in Teilbereichen – für die litauische Kirche gesprochen werden konnte. 1982 konnte der Papst zwei neue Bischöfe ernennen (vgl. HK, September 1982, 464). Im Frühjahr 1983 durften die litauischen Bischöfe zum erstenmal zu ihrem Ad-limina-Besuch nach Rom fahren. Die von den Bischöfen damals ausgesprochene Einladung an den Papst, ihr Land zu besuchen, wurde allerdings auch von Bischöfen aus kommunistischen Ländern eher als ein Versuchsballon bzw. als eine öffentliche Geste gewertet denn als Ausdruck der Hoffnung, ein solcher Besuch könnte sich binnen kurzer Zeit auch tatsächlich realisieren lassen.

Die Situation hat sich seither auch im Lande selbst wieder *verhärtet*. Es kam in Litauen zu zwei aufsehenerregenden Priesterprozessen (vgl. HK, Juli 1983, 338). Und zu den St.-Kasimir-Feiern in Rom im März dieses Jahres erhielten die litauischen Bischöfe bereits wieder keine Ausreisegenehmigung. Es gibt zwar jetzt in Rom Stimmen, die sagen, im Vatikan sei man jetzt deshalb so enttäuscht gewesen, weil bis zuletzt verhandelt bzw. die Möglichkeit der Reise offengelassen worden sei. Aber was immer es damit auf sich hat, ein Besuch des Papstes in einer der Sowjetrepubliken, und zwar gerade in dem an Polen angrenzenden, vorwiegend katholischen Litauen, mußte nach den Vorgängen zwischen den beiden Papstbesuchen in Polen und angesichts der frostigen Ost-West-Beziehungen, die nicht einmal einem *Todor Schiwkoff*, geschweige denn einem *Erich Honecker* einen Besuch in die Bundesrepublik erlauben, von vorneherein als aussichtslos gelten.

Daß die Sowjets allerdings nicht einmal Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli* als päpstlichen Delegaten nach Wilna einreisen ließen, kann wohl nur aus dem besonderen Zustand der Verunsicherung innerhalb des so-

wjetischen Lagers erklärt werden. Casaroli selbst beschwichtigte denn auch und mahnte zugleich zu Vorsicht. Das jetzige Verbot der Sowjets schließe nicht aus, daß der Papst sich in Zukunft einmal seinen Wunsch nach einem Besuch bei den Gläubigen in Litauen erfüllen könne. Aber bei einer so delikaten Frage sei „Klugheit eine Verpflichtung“, weil die die ganze Welt betreffenden diplomatischen Gleichgewichte auf dem Spiele stünden. So dürfte die öffentliche Denunzierung der Sowjets durch den Papst mehr als Ausdruck seines Willens zu werten sein, kommunistischen Regierungen an Deutlichkeit nichts zu schenken, denn als die Bereitschaft, eine Verhärtung in den Beziehungen zum sowjetischen Einflußbereich mit allen denkbaren Konsequenzen für die dortigen Kirchen bewußt in Kauf zu nehmen.

se

Unmut

Den jüngsten Vorgängen um das Opus Dei in Köln fehlte es nicht an skurrilen Zügen. Der Plan Kardinal *Höffners*, dem Opus Dei die Leitung einer Pfarrei in seiner Bischofsstadt anzubieten, brachte den Großteil der aktiven Gemeindemitglieder von St. Mariä Himmelfahrt so sehr in Rage und Zwietracht, daß zeitweise der Eindruck entstand, in Gestalt von zwei Opus-Dei-Priestern näherte sich der Leibhaftige Köln-Holweide. Hätte nicht das Kölner Ordinariat in intensiven Gesprächen mit der betroffenen Gemeinde eine Lösung gefunden, die praktisch den Verzicht des Opus Dei auf die Pfarrei notwendig machte und diesem erlaubte, ohne Schaden für sich oder Dritte die beiden Priester von sich aus zurückzuziehen, ein Dauerkonflikt und das Auseinanderfallen der Gemeinde wäre sicher gewesen. Überrascht konnte indessen über den ausgelösten Unmut kaum jemand sein, es sei denn, er hätte die Übernahme einer überdurchschnittlich lebhaften, aber schwierigen Pfarrei ausgerechnet durch das Opus Dei für eine ideale

und auch praktikable Lösung gehalten. In Köln konzentrieren sich seit einiger Zeit die Auseinandersetzungen um das frühere, von Johannes Paul II. in eine weltweite Personalprälatur verwandelte Säkularinstitut.

Köln ist Sitz des Westdeutschen Rundfunks, dessen für Kirchenfragen zuständige Redaktionen die Debatte über die wegen ihrer Spiritualität, ihrer Organisationsform und ihrer nicht sehr durchsichtigen Werbemethoden unter jungen Menschen ins Gerede gekommene Organisation nicht nur aufgegriffen, sondern zu einer regelrechten Kampagne ausweiteten. In Köln und Umgebung ist das Opus Dei schon seit längerer Zeit stark präsent, u. a. auch an einzelnen Schulen. Dort hat der Regionalvikar des Opus Dei für Deutschland seinen Sitz. Dort sind auch die beiden aus jüngster Zeit meistbekanntesten Autoren von Büchern über das Opus Dei (vgl. HK, November 1983, 533–534) beheimatet, der das Opus Dei unkritisch beweihräuchernde Historiker *Peter Berglar* und dessen, wenn man so will, noch junger Antipode *Klaus Steigleder*, der in seiner „Innenansicht“ des Opus Dei bei allem Sinn für Objektivität zu sehr aus persönlicher Betroffenheit beschrieb, als daß Sympathisanten des Opus Dei ihm Urteilsfähigkeit in der Sache zutrauten. Und Kölns Kardinal gilt seit langem als einer der nachdrücklichsten Befürworter des Opus Dei im deutschen Episkopat. Er hat anlässlich des Konflikts in Köln-Holweide auch so deutlich Partei für dieses ergriffen, daß Gegner des Opus in ihm keinen über den Parteien stehenden Sachwalter mehr sehen konnten.

Ohne diese auf ihre Weise speziell kölnische Konstellation wäre aus dem Vorgang wohl nicht so viel Aufhebendes gemacht worden. Im Prinzip müßte ja innerhalb der Kirche und in jeder Gemeinde so viel *Toleranz* möglich sein, daß die Übernahme einer Pfarrei durch Priester einer gesamtkirchlich anerkannten Institution zu keinen unüberwindlichen Konflikten führt. Gerade umstrittene Priester- und Laienorganisationen können in der „regulären“ kirchlichen Arbeit zeigen, was an seelsorglicher Vernunft in ihnen

steckt. Es entspricht nicht katholischem Selbstverständnis, bei der Installierung von Amtsträgern sich nach Kriterien persönlichen Geschmacks der Gemeindemitglieder oder auch des Bischofs zu richten.

Freilich gehört das Opus Dei nun einmal zu den bislang umstrittensten kirchlichen Organisationen. Und es ist keineswegs so, daß die Päpste dieser gegenüber bisher keinerlei Bedenken gehabt hätten. Erst unter *Johannes Paul II.* ist dem Opus Dei mit einiger Mühe die lange angestrebte Umwandlung in eine *Personalprälatur*, die ihr einen eigenen, vom Ortsordinarius unabhängigen Klerus ermöglicht, gelungen. Bis heute ist der Streit darüber, ob dies richtig war und ob dadurch nicht ein *Präjudiz* für andere Organisationen, die Ähnliches anstreben möchten, geschaffen wurde, noch nicht abgeklungen. Deswegen sind schlechthinnige Unbedenklichkeitsbescheinigungen durch einzelne Bischöfe für eine Versachlichung der Diskussion über das Opus Dei kaum hilfreich. Dieses hat es selbst in der Hand, durch ein jeden psychischen Druck ausschließendes inneres Klima und durch mehr Offenheit nach außen und Einsichtgewähren in Statut und innere Führung, das Image eines quasi jugendgefährdenden katholischen Geheimbundes loszuwerden.

Und die Bischöfe? Vielleicht täten sie sich bei solchen Konflikten auch im Gespräch mit Gemeinden leichter, wenn sie von vorneherein um eine strikte, nicht nur taktische, sondern von der Sache her plausible Balance bemüht wären. Wenn man lateinamerikanischen Bischöfen, die der Theologie der Befreiung nahestehen, bischöfliche Visitatoren ins Haus schickt, um in deren Ausbildungsstätten nach dem Rechten zu sehen, dann wäre eine abwartende und kritische Begleitung, wie sie zum Beispiel von Kardinal *Hume* von Westminster (vgl. HK, März 1983, 126) praktiziert wurde, einer so umstrittenen Organisation wie dem Opus Dei gegenüber wenigstens ebenso legitim und wohl auch ratsam. Die Tatsache, daß Kirchenleitungen die Art von Kirchlichkeit, wie sie das Opus Dei pflegt, in

der Regel mehr entspricht als die, die in lateinamerikanischen Basisgemeinden entsteht, dürfte kein Grund sein, im letzteren Fall nur Gefahr und im ersteren nur Gutes zu sehen. se

Ein Jahr danach

Auch eine Fehlanzeige kann es wert sein, angezeigt zu werden. Was ist beispielsweise ein Jahr danach vom „*heißen Herbst*“ 1983 übriggeblieben? Wenig, wie es scheint. Der Elan, auf die Straße zu gehen, die Bereitschaft, an Aktionen des zivilen Ungehorsams teilzunehmen, haben sichtlich abgenommen. Die Proteste gegen die Herbstmanöver der NATO werden aller Voraussicht nach nicht die Ausmaße annehmen, die man von der Nachrüstungsdebatte gewohnt war. Der organisierte Teil der Friedensbewegung scheint hinlänglich damit beschäftigt zu sein, aus den Anti-Nachrüstungsfunkeln der Jahre 1980 bis 1983 eine solide Anti-Militarismus-*Glut* für die kommenden Jahre zu entfachen, ist davon jedoch noch weit entfernt. Diejenigen, die schon vor einem Jahr zu wissen glaubten, das ganze sei nur ein Spuk, fühlen sich bestätigt.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Fehlen spektakulärer Aktivitäten seitens der Friedensbewegung nicht wechselt wird mit einem *tiefgreifenden Wandel der öffentlichen Meinung* zugunsten der herkömmlichen Sicherheitspolitik, der so nicht stattgefunden hat. Die Friedensbewegung erreichte ihr Ziel zwar nicht, die Nach-Rüstung mit nuklearen Mittelstreckenwaffen in Mitteleuropa zu verhindern; und aller apokalyptisch anmutenden Aufladung des vergangenen Herbstes zum Trotz ist das Leben auch mit Nachrüstung und Nachnachrüstung weitergegangen. Dennoch ist die Welt nicht einfach dieselbe, die sie vor dem Stichtatum Herbst '83 war. Ein weitaus größerer Teil der bundesdeutschen Bevölkerung als noch vor Jahren ist sensibilisiert für Fragen der Rüstungs-